

- Es gilt das gesprochene Wort -

**Neujahrsempfang der Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke für die  
Vertreterinnen und Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen**

Restaurant „El Puerto“ Potsdam, 28. Januar 2026

Lieber Herr Ministerpräsident, lieber Dietmar Woidke,  
lieber Herr Verfassungsgerichtspräsident Möller,  
sehr geehrter Herr Lassiwe,  
sehr geehrte Mitglieder der LPK,  
sehr geehrte Abgeordnete und Regierungsmitglieder,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien, der Justiz, der Bundeswehr,  
der Kirchen,  
der Parteien, Institutionen, Verbände und Kommunen, sehr geehrte Gäste!

Herzlich willkommen zu meinem traditionellen Neujahrsempfang für Vertreterinnen und Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen immer nach der ersten regulären Plenarsitzung im neuen Jahr.

Am Beginn des Plenums begrüße ich jedes Mal Medienvertreter, die uns begleiten.

Auf Augenhöhe, argumentativ, als Partner für Demokratie.

Der heutige Abend gehört Ihnen, denen,  
die begleiten – beobachten, zuspitzen, nachfragen.

Demokratie ist auf Öffentlichkeit angewiesen, muss sich permanent der öffentlichen Meinung stellen.

Sie lebt nicht von Einigkeit. Sie lebt vom Perspektivwechsel, von der Auseinandersetzung, auch Streit, um das bestmögliche Ergebnis zu erreichen.

Das Schlüsselwort heißt Vertrauen.

Es gibt Vertrauen in Institutionen, Vertrauen in Medien, in unabhängige Justiz – Politik steht in der Kritik. Das ist kein kurzfristiger Protest, sondern hat sich mindestens seit Corona verstärkt. Die da oben, wir hier unten, die da draußen, wir hier drinnen. Mittendrin der Landtag mit seinen unterschiedlichen Farben und Haltungen, in Fraktionen, Kommissionen und Ausschüssen.

Alles für die Bürgerinnen und Bürger.

Aber Bürgerinnen und Bürger wollen auch gestalten und sich einmischen, das spricht für Bürgerinitiativen, Bürgerräte, parlamentarisches Jugendforum zur Stärkung der Politik, zur Stärkung der gewählten Mitglieder des Landtages.

Wir haben die Chance, Demokratie weiterzuentwickeln. Gemeinsam, Parlament und alle seine Partner. Es geht um hohe Werte, um freie Wahlen, Meinungsfreiheit, Freiheit von Wissenschaft und Medien, Kunstfreiheit als das stärkste Recht in der Verfassung. Daraus ergibt sich ein Pflegeauftrag für gesellschaftliche Bereiche und die Pflicht zu neuen Ideen, ganz im Sinne von Zusammenhalt in Vielfalt. Die tiefgründige Arbeit dazu erfolgt in Ausschüssen, viele Stunden nacheinander. Am Ende werden Papiere geschrieben, Abgeordnete schreiben, Medien informieren darüber.

Wer beruflich mit Sprache umgeht, denkt über Sprache nach. Immer öfter höre ich den Satz: „Man darf ja nichts mehr sagen.“

Schwarzfahrer, zwei linke Hände haben oder Indianerfilm geht nicht, aber gegen Bombenwetter, Schlachtplan, Nebenkriegsschauplatz oder das Auffahren schwerer Geschütze mit Argumenten, die wie aus der Pistole geschossen kommen – dagegen hat niemand etwas.

Die Rubrik „Was darf man heute noch sagen“ füllt im Internet ganze Seiten. Führt Übertreibung ganz einfach immer zur Ablehnung? Wird sich in einiger Zeit eine allseits angenommene Alltagssprache durchsetzen? Jetzt muss ich den Spieß umdrehen, wieso eigentlich den Spieß, den für Schweinebraten oder die historische Stichwaffe? Die Goldwaage ist nicht für Worte, sondern zum Abwiegen von Gold erfunden worden und eigentlich wird niemand die Nadel im Heuhaufen suchen. Die deutsche Sprache steckt voller Metaphern, Redewendungen und Sprüche.

Manchmal ist es nicht einfach, unmissverständlich die eigene Meinung zu Grundwerten, Diversität oder Minderheitenschutz zu sagen, die faktenbasierte persönliche Ansicht, das subjektive Urteil, die Wertung, den Vergleich, die Einordnung. Und wenn ich nun schon mal den Spieß umdrehe, dann nur, um für diese freie Meinung zu plädieren und ebenso für deren Basis, nämlich für

wahrheitsgemäße Berichterstattung in den Medien: wer, was, wann, wo, warum, wie, wozu.

Womit wir bei einem wichtigen Thema sind: bei der Glaubwürdigkeit des Politikers wie des Medienmachers. Alle dürfen auch irren und richtigstellen. Der Politiker findet sich im Internet als Baby, mit verstellter Stimme, im fremden Körper, in veränderter Umgebung oder zusammen mit Menschen, die er gar nicht kennt. KI macht's möglich. Verfremdung als künstlerisches Mittel – oder doch Beleidigung? Wer nur ein bisschen surft, findet Falschaussagen der KI, weil sie nicht recherchiert, nur sumerisch zusammenfassen kann. Sie ersetzt den Menschen nicht, nicht den guten Redakteur, den guten Schreiber, den Fotografen und Kameramann. Nicht die Redakteurin, die gute Schreiberin, die Fotografin, die Kamerafrau. Anstrengend.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und seriöse Medien könnten den Schwur abgeben, KI redaktionell zu kennzeichnen, abgesehen von Textbaustein hilfen oder Suchläufen. Die Demokratie braucht wahrheitsgemäße Berichte und verschiedene Meinungen dazu.

Wer liest noch Zeitungen? Wen erreicht eine politisch korrekt kommentierte Berichterstattung? Diese Frage betrifft Brandenburg als Flächenland mit sehr unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten. Was in Potsdam diskutiert wird, muss auch in Guben, Wittstock, Schwedt und Finsterwalde verständlich sein, in Städten, im berlinorientierten Speckgürtel, im flachen Land zwischen Feld, Wald und Wiesen, an Küchentischen, wo man norddeutsch schnackt oder platt, berlinert oder südmärkisch sächselt, mit sorbischem Einfluss.

Laut Verdi-Studie vom September 2024 ist die Auflage der Tageszeitungen in Brandenburg rückläufig. Das Verkaufsminus fällt bei der MAZ aus dem üblichen Rahmen. Ihre Lokalausgaben „Prignitz-Kurier“, „Kyritzer Tageblatt“ und „Dosse-Kurier“ gibt es nur noch als E-Paper, „Digital Only“ heißt die Gegenstrategie der MAZ.

In 10 Jahren wird das richtig sein, jetzt entschieden sich etwa 64 % bisheriger Print-Leser in der bevölkerungsarmen Prignitz für das E-Paper. Aber ehrlich, was lokal los

war, ist doch in der Zeitung am wichtigsten, alles andere berichteten Funk und Fernsehen schon gestern Abend.

Der rbb kann auf gute Nachrichten-Zahlen verweisen, auf Lieblingsradio und Brandenburg aktuell. Aber auch Fernsehen muss sich permanent weiterentwickeln, neue Formate finden, neue Ausstrahlungswege, junges Publikum gewinnen auf dem Markt um Aufmerksamkeit. Ich bin sicher, dass der rbb ein neues Konzept für politische Grundversorgung entwickelt, Sendungen aus der Parlamentsarbeit, nicht nur Pressekonferenzen und Statements. Gespräche mit den Abgeordneten zu ihren Fachthemen sind notwendig. Wie spannend Ausschussarbeit sein kann, versteht nur, wer nahe dran ist, Zusammenhänge kennt, die Akteure – wie schon gesagt – **b e g l e i t e t**.

Ich wüsste viele Themen, die diskutabel sind und ganze Sendungen und Zeitungsspalten füllen können. Nicht Öl, Gas, seltene Erden und Landnahme dürfen uns bestimmen, sondern Kreativität, wirtschaftliche Entwicklung, Bildung, Klimaschutz, Mut. Alles Ausschussthemen.

Was tragen wir zur Einigung Europas bei, im Europaausschuss, im Landwirtschaftsausschuss, im Wirtschaftsausschuss? Oder in der Brandenburg-Vertretung in Brüssel, in die wir bald schon europäische Vertreter und Medien einladen? Krisen bewältigen, Resilienz entwickeln, Bürger und Bürgerinnen einbinden in die Demokratie, die fragil ist. Ausschussarbeit ist das Fundament unserer Plenartage, wirkmächtig, aber wenig bekannt.

Lassen Sie uns in diesem Sinne den Blick weiten, in die Tiefe blicken und nach vorn, aber weit.